

Erfahrungsbericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss

Aktuelles

Effizienzgedanke, Erbsenzählen, Selbstverständnis und Kompetenzen – Die etwas andere Betrachtung des Haupt- und Finanzausschusses

Die Bundesrepublik Deutschland ist föderal strukturiert. Bund, Länder und Kommunen arbeiten in einer Hierarchie, gleichzeitig mit eigenen Kompetenzbereichen. Die Planung der kommunalen Finanzen obliegt den Städten und Gemeinden, kurzum den Kommunen. Und Kronberg ist eine Kommune im Bundesland Hessen. So weit, so gut.

In den vergangenen Wochen fand im Anschluss an die Vorlage des Doppelhaushalts für die Jahre 2024 und 2025 in der letzten Stadtverordnetenversammlung durch Bürgermeister Christoph König die Arbeit en détail im Haupt- und Finanzausschuss statt. Hier werden – kurz zusammengefasst – Positionen der vorgeschlagenen Haushaltssatzung analysiert. Die Stadtverwaltung steht der Politik Rede und Antwort, liefert Erklärungen und ab und an Rechtfertigungen.

Analyse der anderen Art

Anstelle einer abschließenden Darstellung des Analyseprozesses der Haushaltsberatungen wird in diesem Beitrag eine abstrakte Form der Betrachtung geboten, die inhaltliche Analyse der finanzpolitischen Details muss warten. Schlicht und ergreifend aus dem Grund, dass nach wie vor kein Abschluss der Beratungen existiert. Es kommt anscheinend nicht von ungefähr, dass in diesem Jahr zum ersten Mal seit Dekaden mindestens vier Ausschusssitzungen stattfinden werden und notwendig sein müssen.

Der Eindruck von Taktik und tiefer werden den Gräben zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern entsteht, womöglich existiert auch bereits der eine oder andere Entscheidungsmoment im Hinblick auf die nächste Kommunal- und Bürgermeisterwahl. Es bleibt abzuwarten, ob es nicht noch deutlich mehr Zeit von Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung und der ehrenamtlichen Mandatsträgerschaft benötigt.

Woran das liegt, ist vielschichtig. Nicht zuletzt stoßen hier nach Ansicht der Redaktion – zumindest in Teilen – Welten aufeinander und zwar in Form von Perspektiven, Erfahrungsschatz und vor allem Selbstverständnis der verschiedenen Beteiligten. Flankiert wird der Kommunikationsprozess bisweilen von stark ausgeprägter Subjektivität, man könnte es auch Egozentrik nennen.

Hessische Kommunalverfassung

Die Hessische Gemeindeordnung (HGO), die Hessische Landkreisordnung (HKO) und das Kommunalwahlgesetz (KWG) bilden die Hessische Kommunalverfassung. In Hessen ist die Stadtverordnetenversammlung das höchste Organ der örtlichen Selbstverwaltung. Sie ist für eine Reihe von Entscheidungen ausschließlich zuständig und verantwortlich. Dazu zählt der Erlass von Rechtsvorschriften wie Satzungen und Verordnungen, das Aufstellen, Ändern oder Aufheben von Bauleitplänen und eben auch, wie im Fall der Finan-

zen, die Entscheidungen, die das Vermögen der Kommune betreffen. Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Arbeit der Verwaltung in allen Fachbereichen und muss von den Stadtverordneten durch Mehrheitsbeschluss legitimiert werden.

Mandatsträgerschaft

Nach § 35 Hessische Gemeindeordnung üben Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge und Wünsche der Wähler nicht gebunden. In Absatz zwei wird erklärt, dass es sich bei Gemeindevertretern – in Kronberg sind es aufgrund des Status der Kommune Stadtverordnete – um ehrenamtlich Tätige handelt. Zunächst ist gewiss festzuhalten, dass das Ehrenamt respektive die Menschen, die es tragen, ein nicht wegzudenkender Teil der Gesellschaft ist. Ohne das Ehrenamt und das damit verbundene Engagement in der persönlichen freien Zeit würden sehr viele gesellschaftsrelevante Bereiche kaum existieren. Die Freiwillige Feuerwehr, soziale Organisationen wie Hospizdienste oder die Seelsorge, Sportvereine, das Pfadfindertum, Naturschutzverbände und die Integrations- und Flüchtlingshilfe gehören beispielsweise dazu, gleichzeitig eben auch die ehrenamtlichen kommunalen Gemeindevertreter des hiesigen Stadtparlaments.

Selbstverständnis und Distanz

An drei Tagen debattierten bislang nun in der Stadthalle in Kronberg am Berliner Platz in der nahen Vergangenheit die Stadtverordneten mit den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung im Haupt- und Finanzausschuss. Bei einem Haushaltsvolumen von ungefähr 70 Millionen Euro wurden bisweilen Positionen in Höhe von 1.400 Euro derart kritisch und zeitintensiv seitens einiger ehrenamtlicher Mandatsträgerinnen und Mandatsträger beäugt, dass schon der Eindruck entstand, dass es sich bei den Veranstaltungen um eine Art „Innere Revision“ handele. Oder vielleicht doch um Kenntnislücken? Nun sei die Frage erlaubt, ob das den Umfang des Aufgabenbereichs von Stadtverordneten beschreibt? Ein Großteil der Zeit verstrich zudem, weil man mit den Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeitern abstrakt über grundsätzliche Systemfragen und dahintersteckende Weltanschauungen diskutierte. Das geschah subtil, auch einmal direkt, ab und an auch kritisch und hier und da abwertend. Da stoßen vor allem in einigen Teilen der Parlamentarier existente neoliberale Einschätzungen und Philosophien auf realitätsnahe und der Notwendigkeit entspringende bürokratische Verwaltungsarbeit, die der Daseinsvorsorge der Bevölkerung gilt und häufig genug gesetzlich festgelegt ist. Da wird der zum Scheitern verurteilte Versuch

seitens einzelner kommunalpolitischer Ausschussmitglieder unternommen, die Finanzwirtschaft einer Kommune – der öffentlichen Hand – mit der eines Unternehmens in der sogenannten „freien Wirtschaft“ zu vergleichen. Äpfel und Birnen werden zueinander in Bezug gesetzt und hängen doch offenkundig und faktisch an unterschiedlichen Bäumen. Nun ist es gewiss die Aufgabe des Stadtparlaments und all ihrer gewählten ehrenamtlich tätigen Vertreterinnen und Vertreter, ein deutliches Augenmerk auf das Handeln der Verwaltung zu haben, im konkreten Fall des Haupt- und Finanzausschusses grob gesagt auf die Ausgaben und Einnahmen der Stadt Kronberg und ihre zukünftige Liquidität. Das steht keinesfalls zur Diskussion. Es wurde jedoch nach Ansicht der Redaktion in den vergangenen Sitzungen offenkundig, dass ein häufig – mit Verlaub – irritierendes Selbstverständnis bei einigen Protagonisten der Politik im Ausschuss existiert, was die Aufgabe und Funktion des durch Wahl zuerkannten Mandats angeht. Die abstrakte Aufgabe von Stadtverordneten ist es nach Ansicht der Redaktion, realitätsnah und im Bewusstsein der eigenen Kenntnis – und Unkenntnis – die Informationen seitens der Verwaltung verhältnismäßig zu betrachten und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. – Verhältnismäßigkeit, Wesentlichkeit und Selbstreflexion sind folglich die Zauberworte. – Hierzu sollte konkret im Anschluss ein wertfreier Diskurs stattfinden, um Fragen zu klären und Verständnis zu erlangen. Ziel ist es – wie zuvor erwähnt –, das Gemeinwohl im Auge zu haben. Dazu gehört auch, sich nicht im Detail zu verlieren, seine Kompetenzen zu reflektieren und nicht die Arbeit einer städtischen Verwaltung grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die subjektive Effizienz

Schwerpunkt vieler einzelner Diskussionen in verschiedenen Bereichen des Haushalts war das Thema Effizienz. Die Effizienz, die sich manche Stadtverordnete oder mancher Stadtverordneter – oft womöglich nach eigenem und subjektivem Wertmaßstab – seitens der Stadtverwaltung und ihrer Arbeit wünscht, dies äußert und dann in Frage stellt oder gar bemängelt. Dies geschieht stets, ohne selbst Teil des Verwaltungsapparats und der dort stattfindenden Arbeitsprozesse zu sein. Manche Verwaltungsangestellte auf der anderen Seite erachten diese Herangehensweise in punkto Effizienz unweigerlich wiederum bisweilen als fragwürdig auf Seiten der politischen Mandatsträgerschaft, wenn jahrelang geplante, bearbeitete und zur Umsetzung anstehende Themen jenseits von tatsächlichen Erklärungen vom Tisch gewischt werden. Die Kontrollfunktion der Stadtverordneten ist wichtig und schafft Transparenz für die Öffentlichkeit. Es geht schließlich um Steuergelder, mit denen man bewusst und verantwortungsvoll umzugehen hat. Und letztlich wird

man von der Öffentlichkeit gewählt, legitimiert und beauftragt. Womöglich ist jedoch beim genaueren Betrachten das Verständnis zu- und füreinander das Kommunikationsproblem? Man wird bei einigen Mandatsträgern den Eindruck nicht los, dass in deren tiefem Unbewussten noch der krude Ansatz und das damit verbundene Vorurteil vorherrscht, dass „auf dem Amt nichts geschafft“ würde, dass Stadtverwaltungen grundsätzlich ineffizient arbeiten und dass die eigene apodiktische Betrachtung in schwarz und weiß zielführend sei, um komplexe kommunale Arbeitsprozesse einschätzen zu können, die – die Redaktion wiederholt sich an dieser Stelle – der Daseinsvorsorge der gesamten Bevölkerung dienen. Dass dieser vorurteilsbehaftete Irrtum ein absurder Bestandteil des individuellen Unbewussten wäre, ist für Menschen nicht unüblich, gleichzeitig nicht hilfreich – weder bei der Einschätzung von Verwaltungsarbeit, noch bei der zielorientierten Kommunikation hinsichtlich des Vorhabens, den zukünftigen Doppelhaushalt verantwortungsbewusst und verantwortungsvoll zu beschließen. Die Zukunft soll bitteschön warten, bis wir für sie bereit sind – das wird sie gleichzeitig nicht tun. Jeden Tag aufs Neue.

Informationsmanagement

Der Autor und Redakteur dieses Textes sieht sich ebenfalls persönlich in seiner Arbeit dem Effizienzgedanken verpflichtet, denn seine Spalten, Zeilen und Felder müssen jede Woche aufs Neue gefüllt werden. Viele Inhalte werden von außen kommuniziert, müssen selektiert und reflektiert und in lesbare und verständliche Form gebracht werden. Dafür braucht er Zeit. Und Verständnis für das Gegenüber. Zumindest Zeit ist oft knapp. So kommt es zwangsläufig vor, dass der Journalist bei der Fülle an Informationen früher gehen muss, wenn die Veranstaltung in zu großem Maße einen zu niedrigen Informationsgehalt liefert – sozusagen ineffizient ist – und den Zeitrahmen gleichzeitig über alle Maßen sprengt. Er ruft dann verschiedene „Quellen“ an und lässt sich eine Viertelstunde lang das Wesentliche aus drei Stunden Sitzung effizient schildern, nachdem er selbst bereits zwei Stunden vor Ort wartete, dass zum Wesentlichen diskutiert würde. Wir leben in rauen Zeiten – zumindest für unsere westeuropäischen Verhältnisse. Der aktuelle Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sagte in seiner vorherigen Position als Bundesfinanzminister, dass die „fetten Jahre“ vorbei seien. Das gilt allseits auch für das heutige Informationsmanagement. Effizienz überall und wohin das Auge reicht. Oder eben auch nicht. Abschließend sei Mark Twain erwähnt: „Die verborgene Quelle des Humors ist nicht Freude, sondern Kummer.“

Markus Göllner

Solidarität mit Israel in Kronberg



Der Bundestagsabgeordnete Norbert Altenkamp am Mikrophon. Fotos: privat

Kronberg (kb) – Am vergangenen Samstagvormittag versammelten sich ungefähr 120 Teilnehmer auf dem Berliner Platz, um unter dem Motto „Kronberg steht zu Israel“ ihre Solidarität zu bekunden. Aufgerufen dazu hatte ein breites Bündnis aller im Kronberger Stadtparlament vertretenen Parteien und Wählergruppierungen. Und so waren FDP, SPD, CDU, Grüne, KfB und UBG vor Ort. Die Organisatoren konnten zudem eine Reihe von Rednerinnen und Rednern gewinnen, die auf der Kundgebung sprachen. Initiator Holger Grupe dazu: „Wir haben uns sehr gefreut, dass so kurzfristig viele Redner bereit waren, sich öffentlich zu äußern und die Kundgebung zu unterstützen. Es war vielen ein Bedürfnis, ihre Betroffenheit und ihr Mitgefühl auszudrücken und ein Zeichen gegen Gewalt und Antisemitismus zu setzen.“ Neben den

Bundestagsabgeordneten Norbert Altenkamp (CDU) und Katja Adler (FDP) sprachen Bürgermeister Christoph König (SPD) sowie der evangelische Pfarrer Lothar Breidenstein in seiner Funktion als Geschäftsführender Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Wiesbaden. Die Grünen hatten Norman Dießner von der Kreistagsfraktion entsandt. Ein mahndes Grußwort des Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden Bad Nauheim, der Wetterau und Usinger Land, Manfred de Vries, wurde von der Stadtverordneten Gabriela Roßbach verlesen. Der Vorsitzende der Kronberger FDP, Holger Grupe, betonte die klare Überparteilichkeit der Solidaritätskundgebung und den klaren Fokus auf die Bürgergesellschaft Kronbergs. Viele der Rednerinnen und Redner gingen abseits der Situation im Nahen Osten auch auf die Lage in Deutschland ein. Die Mitorganisatorin Roßbach sagte: „Uns war es wichtig, zu zeigen, dass Judenhass in Kronberg keinen Platz hat.“ Die Bundestagsabgeordnete Katja Adler ergänzte: „Wer auf unseren Straßen das Morden der palästinensischen Terrororganisation Hamas bejubelt und auch noch Süßigkeiten verteilt, gehört nicht hierher. Judenhass und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.“ Ähnlich äußerte sich ihr Kollege Norbert Altenkamp, der sich ebenfalls sehr betroffen zeigte.

Hunderte Ideen für das Radwegenetz



Mechthild Schwetje, Ralf Löffler und Christoph König v.r.n.l. Foto: privat

Kronberg (kb) – Im Rahmen der Taunus Klimatage hatte die Klimabeirats-AG Verkehr den Herbstmarkt am 1. Oktober genutzt, um den Radverkehr in Kronberg besser zu machen: mit einer Radwege-Karte und mit Fragebögen auf einem Mitmach-Stand in der Zehntscheune. Hier konnten Besucher ihre Verbesserungsvorschläge und Ideen für ein besseres Radwegenetz markieren und beschreiben. Auf der Karte waren die Kronberger Straßen und Radwege eingezeichnet – so konnte man gut die Lücken im Netz erkennen. Mit bunten Post-Its markierten die Bürger, wo sie Radwege gut finden, wo sie sich neue oder verbesserte Radwege wünschen und wo Gefahrenstellen beseitigt werden sollen. „Wir sind begeistert, wie groß die Resonanz war und wie viele Bürger und Bürgerinnen sich mit

guten Ideen zum Radverkehr beteiligt haben. Am Ende des Tages war die Karte bunt gespickt mit wertvollen Hinweisen. In den Fragebögen führten die Teilnehmer aus, wo sie sich welche Verbesserungen wünschen. Und es wurde wieder einmal bestätigt: Wenn die Radwege und die Rad-Abstellmöglichkeiten mehr und sicherer werden, fahren noch viel mehr Kronberger Bürger und Bürgerinnen Rad“, ziehen die Initiatoren Ralf Löffler (SPD) und Mechthild Schwetje (Bündnis 90/ Die Grünen) im Namen des Klimabeirats Bilanz. Sie übergaben nunmehr die Karte und eine Auswertung der Fragebögen Bürgermeister Christoph König und Matthias Ott von der Stadtplanung, die sich über die Anregungen aus der Bürgerschaft freuten. König wies bei der Gelegenheit darauf hin, dass die Stadt derzeit schon viele Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs ausgeführt oder in Planung hat. So entstanden beispielsweise die roten Markierungen, neue Abstellmöglichkeiten in den Stadtteilen oder die Planung einer Fahrradstraße. „Die Eingaben der Bürgerschaft fließen in die Nahverkehrsplanung ein. Die Stadtverwaltung gibt die Vorschläge an die zuständigen Stellen bei Kreis und Land weiter. Jetzt muss die Verwaltung nur noch die vielen neuen Fäden zu einem geschlossenen und sicheren Radwegenetz in unserer Stadt verknüpfen.“